

Stefan Schiman

Aufschwung bleibt wegen Konsumschwäche flach

Prognose für 2014 und 2015

Aufschwung bleibt wegen Konsumschwäche flach. Prognose für 2014 und 2015

Frühindikatoren signalisieren für Österreich eine baldige Konjunkturbelebung. Diese wird vor allem durch Nachholinvestitionen und eine höhere Exportnachfrage aus wichtigen Zielländern wie Deutschland und den USA gestützt. Der Konsum bleibt wegen der mäßigen Lohnentwicklung, der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt und der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte schwach, die Konjunkturdynamik daher eingeschränkt. Die Teuerung nimmt im Prognosezeitraum leicht ab, die Arbeitslosenquote erhöht sich 2014 noch.

Sluggish Private Consumption Holding Back the Pace of Recovery. Economic Outlook for 2014 and 2015

Leading indicators are signalling an early revival of business activity in Austria, supported mainly by the catching up of investment so far withheld and by strengthening foreign demand from key destinations like Germany and the USA. Still, the momentum of the recovery remains muted as private consumption is constrained by modest wage gains, fragile labour market conditions and fiscal retrenchment. While inflation is set to ease slightly over the projection period, the rate of unemployment will edge up further in 2014.

Kontakt:

Stefan Schiman, MSc:

WIFO, Arsenal, Objekt 20, 1030 Wien, Stefan.Schiman@wifo.ac.at

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und http://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturbericht_erstattung-Glossar.pdf • Abgeschlossen am 17. Dezember 2013.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun, Nora Popp, Maria Riegler

2013 schwächte sich die Expansion der Weltwirtschaft zum dritten Mal in Folge ab. Die Zunahme des Welthandels war ebenfalls träge, nicht zuletzt da auf den Handel zwischen den krisengeschüttelten Euro-Ländern ein relativ großer Anteil davon entfällt. Mit der prognostizierten Konjunkturaufhellung expandiert das Handelsvolumen wieder stärker (2014 +5,0%, 2015 +6,5%), das Wachstum der Weltwirtschaft verstärkt sich schrittweise (2014 +3,6%, 2015 +4,0%).

Der österreichische Außenhandel profitiert von der Belebung auf wichtigen Zielmärkten, vor allem Deutschland, den USA und einigen Ländern Ostmitteleuropas. Laut WIFO-Konjunkturtest schätzen die heimischen Unternehmer die künftige Entwicklung zuletzt erheblich optimistischer ein. Der WIFO-Frühindikator deutet auf einen verhaltenen Aufschwung hin; nach der Aufhellung finanzwirtschaftlicher Indikatoren beserten sich zuletzt auch einige realwirtschaftliche Kennzahlen. Aufgrund der gebremsten Dynamik des privaten Konsums wird die Konjunkturbelebung allerdings nur verhalten ausfallen. Die Stagnation der Nettoreallöhne, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt belasten die Kaufkraft der privaten Haushalte. Die Zunahme des Arbeitskräfteangebotes ist durch Sondereffekte wie strengere Regeln für den Pensionszugang und die Arbeitsmarktöffnung für Arbeitskräfte aus Bulgarien und Rumänien geprägt. Sie kann 2014 nicht vollständig durch die Zunahme der Beschäftigung absorbiert werden, die Arbeitslosenquote steigt daher auf 7,9% und verharrt 2015 auf diesem Niveau.

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte ist gekennzeichnet von Einmaleffekten (Versteigerungserlöse, Steuerabkommen mit der Schweiz und Liechtenstein, Kapitalzuschuss an Banken) und neuen Konsolidierungsmaßnahmen. Die vorliegende Prognose unterstellt Abgabenerhöhungen und Ausgabensenkungen von rund 2 Mrd. € im Jahr 2014 und 1 Mrd. € im Jahr 2015. Das durch den "Kassasturz" identifizierte zu-

sätzliche Budgetdefizit würde aufgrund seiner Zusammensetzung nur schwach expansiv wirken; auch haben die unterstellten zusätzlichen Konsolidierungsmaßnahmen leicht restriktive Effekte. Diese vergleichsweise kleinen und gegenläufigen Impulse dürften einander ausgleichen. Nach lediglich +0,3% im Jahr 2013 dürfte das reale BIP 2014 und 2015 um jeweils 1,7% expandieren.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

		2010	2011	2012	2013	2014	2015
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt							
Real		+ 1,8	+ 2,8	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,7
Nominell		+ 3,2	+ 4,9	+ 2,6	+ 2,3	+ 3,5	+ 3,6
Herstellung von Waren ¹⁾ , real		+ 7,6	+ 8,3	+ 1,1	+ 0,8	+ 3,5	+ 4,2
Handel, real		+ 2,2	+ 1,3	- 1,7	- 1,3	+ 1,3	+ 2,0
Private Konsumausgaben, real		+ 2,0	+ 0,8	+ 0,5	- 0,1	+ 0,9	+ 1,0
Bruttoanlageinvestitionen, real		- 1,4	+ 8,5	+ 1,6	- 1,4	+ 3,0	+ 2,1
Ausrüstungen		+ 2,1	+ 14,3	+ 2,1	- 3,5	+ 5,0	+ 3,0
Bauten		- 3,9	+ 2,5	+ 2,5	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,3
Warenexporte ²⁾							
Real		+ 13,6	+ 8,1	+ 0,8	+ 2,5	+ 5,5	+ 6,5
Nominell		+ 16,7	+ 11,3	+ 1,5	+ 1,8	+ 6,6	+ 7,5
Warenimporte ²⁾							
Real		+ 11,7	+ 8,6	- 1,3	+ 0,4	+ 5,5	+ 6,0
Nominell		+ 16,5	+ 15,3	+ 0,7	- 0,8	+ 6,3	+ 7,2
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €	+ 9,74	+ 4,90	+ 4,93	+ 9,65	+ 11,16	+ 12,18
	in % des BIP	+ 3,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,6
Sekundärmarktrendite ³⁾	in %	3,2	3,3	2,4	2,0	2,0	2,0
Verbraucherpreise		+ 1,9	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁴⁾		4,4	4,2	4,3	4,9	5,2	5,2
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾		6,9	6,7	7,0	7,6	7,9	7,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁶⁾		+ 0,8	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 4,5	- 2,5	- 2,5	- 1,9	- 2,0	- 1,6

Q: WIFO. 2013, 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Laut Statistik Austria. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁴⁾ Labour Force Survey. – ⁵⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ⁶⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdiener.

Im Euro-Raum besserte sich die Konjunktur zuletzt. Die restriktive Budgetpolitik und die geringe Inflation erschweren allerdings den Abbau der Verschuldung der privaten Haushalte und Unternehmen, die in einigen Ländern sehr hoch ist und teilweise weiter steigt. Dies belastet den privaten Konsum, die Investitionen und die Kreditvergabe. Die Leistungsbilanzdefizite der Peripherieländer könnten sich in einem Aufschwung wieder ausweiten, deren außenwirtschaftliche Verwundbarkeit bildet daher weiterhin ein Risiko.

Die Notenbank der USA wird mit der Einschränkung der Anleihenkäufe eine geldpolitische Trendwende einleiten. Aufgrund der günstigen real- und finanzwirtschaftlichen Bedingungen wird die Konjunktur davon kaum beeinträchtigt werden. Die Budgetkonsolidierung im Jahr 2013 dämpfte die Konjunktur nicht übermäßig, da sie großteils einnahmenseitig erfolgte und die Verschuldung der privaten Haushalte zuvor bereits deutlich gesunken war. Wie die Erfahrungen vom Oktober 2013 vermuten lassen, dürfte das Schuldenlimit, das aktuell bis Mitte 2014 ausreicht, weiter angehoben werden, um die Refinanzierungserfordernisse des Staates zu decken.

Die Mehrwertsteuererhöhung 2014 wird Japan zwar aus der Deflation führen, gleichzeitig aber die Konjunktur dämpfen. Ein Anstieg der nominellen Löhne ist noch nicht absehbar. In Brasilien belasten erhöhte Importpreise und Zinssätze, in Indien auch Kapitalverkehrskontrollen die Konjunktur. China und Russland setzen den Übergang zu geringeren Potentialwachstumsraten fort.

1. Welthandel expandiert wieder stärker als Produktion

Die Zunahme der weltweiten Wirtschaftsleistung verlangsamte sich 2013 zum dritten Mal in Folge. Ausgehend vom Euro-Raum erfasste die Konjunkturflaute andere In-

dustrielländer in Europa und in Übersee und beschleunigte in manchen Schwellenländern den Übergang zu einem geringeren Potentialwachstum. Aufgrund des großen Gewichtes des Außenhandels innerhalb des Euro-Raumes ist der Anteil dieser Region am Welthandel deutlich höher als ihr Anteil an der Weltproduktion. Die Dynamik des Welthandelsvolumens blieb daher auch 2013 hinter jener der Weltproduktion zurück. Im Prognosezeitraum nimmt der Wachstumsbeitrag der Industrieländer zum Welt-BIP etwas mehr zu als jener der Schwellenländer, das weltweite Wirtschaftswachstum verstärkt sich mit +3,6% 2014 bzw. +4,0% 2015 schrittweise. Der Welthandel expandiert mit +5,0% bzw. +6,5% wieder dynamischer.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Bruttoinlandsprodukt, real</i>						
Welt	+ 5,2	+ 3,9	+ 3,2	+ 2,8	+ 3,6	+ 4,0
USA	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,8	+ 1,7	+ 2,5	+ 3,1
Japan	+ 4,7	- 0,5	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,2
EU 28	+ 2,0	+ 1,7	- 0,4	± 0,0	+ 1,4	+ 1,8
Euro-Raum (17 Länder ¹⁾)	+ 2,0	+ 1,6	- 0,7	- 0,4	+ 1,1	+ 1,4
Deutschland	+ 4,0	+ 3,3	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,9
Neue EU-Länder ²⁾)	+ 2,2	+ 3,3	+ 0,9	+ 1,3	+ 2,5	+ 3,0
China	+ 10,4	+ 9,3	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,9	+ 7,3
Welthandel, real	+ 14,6	+ 6,2	+ 2,0	+ 2,5	+ 5,0	+ 6,5
Marktwachstum Österreichs ³⁾)	+ 11,9	+ 6,5	+ 1,7	+ 2,3	+ 5,5	+ 6,5
<i>Weltmarkt-Rohstoffpreise⁴⁾)</i>						
Ohne Rohöl	+ 28,9	+ 28,6	- 2,8	- 4,0	- 2	± 0
Erdölpreis Brent, \$ je Barrel	+ 31,9	+ 19,2	- 14,4	- 7,0	+ 1	+ 2
Wechselkurs ⁵⁾) \$ je Euro	79,5	111,3	111,6	108	105	105
	1,327	1,392	1,286	1,32	1,30	1,25

Q: WIFO. 2013, 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern. – ²⁾ Bulgarien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn. – ³⁾ Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁴⁾ HWWI-Index, auf Dollar-Basis. – ⁵⁾ Monatsdurchschnitte.

2. Geldpolitische Trendwende in den USA behindert Aufschwung nicht

In den USA hält die Konjunkturerholung an. Die Verschuldung der privaten Haushalte sinkt kontinuierlich. Die Zentralbank unterstützt durch zielgerichtete Maßnahmen, wie etwa den Ankauf verbriefter Forderungen, die Kreditvergabe der Geschäftsbanken. Der Aufwärtstrend der Vermögenswerte festigt zwar den privaten Konsum, ist aber mit steigenden Risiken verbunden: Das Kurs-Gewinn-Verhältnis auf den Aktienmärkten befindet sich bereits über dem langjährigen Durchschnitt, und Immobilienkäufe werden zunehmend von stark risikobehafteten Investmentfonds finanziert, die Erträge mit Fremdkapital gehebelt¹⁾. Die Arbeitslosenquote sank im November auf 7%. Die Notenbank wird daher ihre Anleihenkäufe verringern und damit die geldpolitische Trendwende einleiten. Der Leitzinssatz wird erst 2015 erhöht.

Die Konjunktur wurde durch die Konsolidierung 2013 verhältnismäßig wenig beeinträchtigt, da der Großteil einnahmenseitig generiert wurde, u. a. durch die Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge und der Steuern auf hohe Einkommen mit geringer Konsumneigung (Spitzensteuersatz, Kapitalertragsteuer). Nach den Erfahrungen der politischen Parteien mit der Ausweitung der Schuldenobergrenze im Oktober 2013 scheint das Risiko einer ähnlichen Konstellation für die Konjunktur künftig geringer zu sein: Die Aussicht auf den hohen Schaden für die Weltwirtschaft durch Kaskadeneffekte im Finanzsystem und die Skepsis der Bevölkerung gegenüber einer Eskalationsstrategie verhinderten letztlich den Zahlungsausfall. Die Schuldenobergrenze wurde zwar nur bis 7. Februar 2014 ausgesetzt, könnte aber laut dem Budgetdienst des Kongresses bis Juni 2014 ausreichen. In der vorliegenden Prognose wird mit einer rechtzeitigen Anhebung gerechnet. Die relativ günstige Entwicklung der

Aufgrund der verbesserten Finanzierungs- und Arbeitsmarktsituation kann sich die Konjunkturbelebung in den USA in dem zunehmend schwierigen wirtschaftspolitischen Umfeld behaupten.

¹⁾ IWF, Global Financial Stability Report, Box 1.1, Washington D.C., Oktober 2013.

Rohstoffpreise stützt den seit 2010 anhaltenden Aufwärtstrend der Industrieproduktion. Die Förderung von Schiefergas und Schieferöl hält die Energiepreise in den USA niedrig; davon profitieren vor allem energieintensive Unternehmen. Die verhältnismäßig günstigen real- und kreditwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ermöglichen daher in den kommenden Jahren ein rasches Aufholen des krisenbedingten Investitionsrückganges. Das reale BIP wird 2014 um 2,5% zunehmen, 2015 um 3,1%.

3. Japan löst sich durch Preisschocks aus der Deflation

2014 wird in Japan der Mehrwertsteuersatz von 5% auf 8% erhöht, 2015 weiter auf 10%. Das Land löst sich dadurch zwar aus der Deflation, die Lohnentwicklung bleibt aber schwach.

Auf Japans Finanzmärkten wurde Anfang 2013 die angekündigte "ultralockere" Geldpolitik durch eine starke Yen-Abwertung vorweggenommen. Dies beflügelte nicht nur die Aktienkurse, sondern auch den privaten Konsum. Darüber hinaus profitierte der traditionell wettbewerbsfähige Exportsektor von der Abwertung. Konjunkturendämpfend wird im II. Quartal 2014 die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes von derzeit 5% auf 8% wirken. Die Maßnahme soll durch ein Konjunkturpaket im Umfang von rund 1% des BIP abgefedert werden, im I. Quartal 2014 ist mit umfangreichen Vorziehkäufen zu rechnen. Eine weitere Mehrwertsteuererhöhung ist für Ende 2015 vorgesehen. Die Yen-Abwertung verteuerte die Energieimporte spürbar. Da nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima der Großteil der Atomkraftwerke abgeschaltet wurde, ist die japanische Wirtschaft umso stärker auf Energieimporte angewiesen. Die Mehrwertsteuererhöhungen und die Energievertéuerung schlugen sich 2014 im ersten nennenswerten Anstieg der Verbraucherpreise seit 1992 nieder (mit Ausnahme der Jahre 1997 und 2008). Mit einem Anziehen der Kerninflationsrate wird allerdings angesichts der anhaltend schwachen Lohnentwicklung nicht gerechnet. Wegen eines hohen Wachstumsüberhanges aus dem Vorjahr wird das reale BIP trotz Mehrwertsteuererhöhung 2014 um 1,9% zunehmen, 2015 um 1,2%.

4. Kapitalabflüsse und Strukturaktoren dämpfen Ausblick der Schwellenländer

Im Jahr 2013 kühlte die Konjunktur in den meisten großen Schwellenländern merklich ab. Indien und Brasilien, die ihr Leistungsbilanzdefizit durch Kapitalimporte finanzieren, waren von einem starken Kapitalabzug betroffen, der durch die Erwartung einer strafferen Geldpolitik in den USA ausgelöst wurde. Der brasilianische Real und die indische Rupie werteten seit Anfang 2013 gegenüber dem Dollar um 12% bis 15% ab. Dem dadurch erhöhten Inflationsrisiko begegnete die brasilianische Notenbank durch eine schrittweise Leitzinssatzerhöhung von 7,25% auf 10% im Jahresverlauf. In Indien wurden Kapitalverkehrskontrollen eingeführt. Die konjunkturendämpfende Wirkung dieser Maßnahmen überlagert in der kurzen Frist die möglichen positiven Effekte der Abwertung auf die Wettbewerbsfähigkeit.

Von den internationalen Kapitalverschiebungen weniger bis kaum betroffen waren Länder mit positivem Außenhandelsaldo wie Russland und China. Hier zeichnet sich aber ein Rückgang des Wachstumspotentials ab. In China sinken die Grenzerträge der Investitionen, die die Wirtschaftsentwicklung seit Jahren stützen und 2012 ein Rekordausmaß von knapp 47% des BIP erreichten. Dies zeigt sich vor allem im Immobilienboom, indem mancherorts ganze Stadtteile unbewohnt bleiben. Russlands Wirtschaft nähert sich mit einer Arbeitslosenquote, die ähnlich wie in Brasilien bereits geringer ist als vor der Krise, immer mehr der vollen Auslastung der Produktionskapazitäten. Angesichts einer Dämpfung der Rohölpreisentwicklung bleibt die Konjunkturdynamik gering.

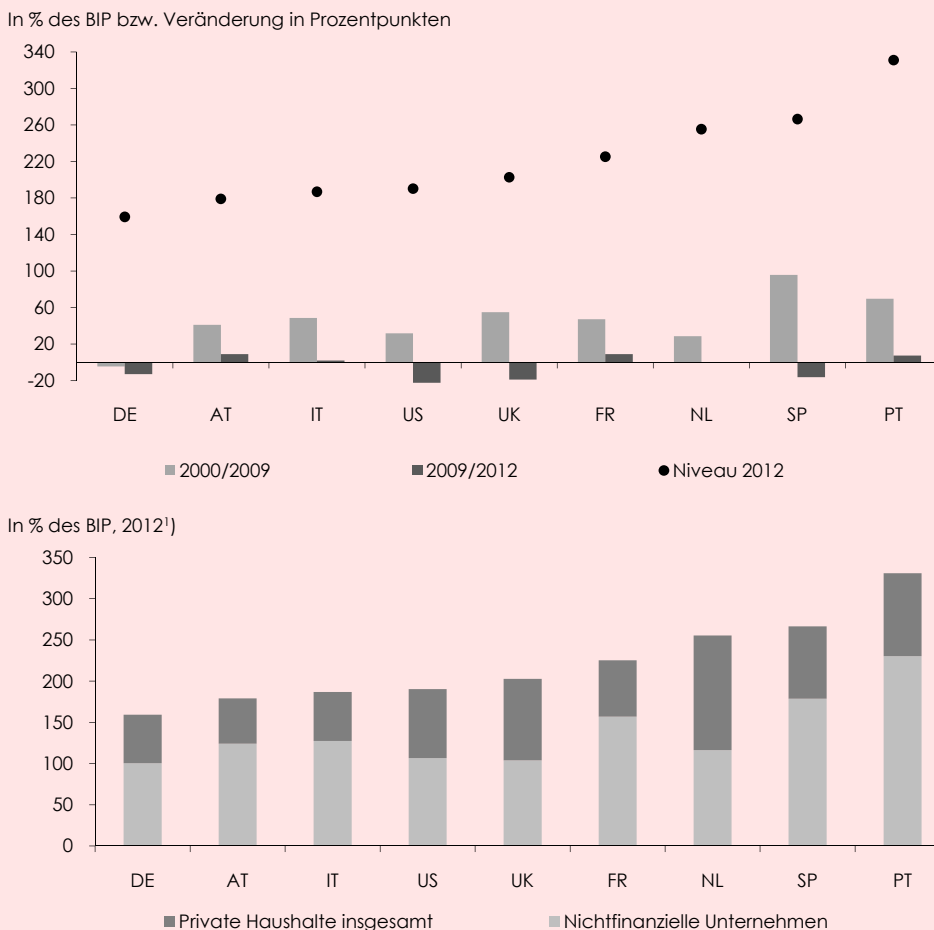
5. Hohe Privatverschuldung belastet Erholung im Euro-Raum

Der Euro-Raum löste sich im III. Quartal 2013 aus der Rezession, die Stimmungsindikatoren tendieren aufwärts. Der Ausblick für 2014 und 2015 bleibt aber verhalten. Ein wichtiger Faktor, der die Konjunkturbelebung belastet, ist die beträchtliche Privatverschuldung in vielen Ländern. Besonders hoch ist die Verschuldung der privaten Haushalte in den Niederlanden (Abbildung 1), die Nachfrage leidet hier stark unter

dem Mittelbedarf für Schuldentilgung und Zinszahlungen. Höher als die privaten Haushalte sind oftmals die Unternehmen verschuldet, besonders in Portugal, Spanien und Frankreich. In Italien entfallen auf jene Unternehmen, die die Zinszahlungen nicht aus den Gewinnen bestreiten können, 30% aller Schulden, in Portugal und Spanien 40% bis 50%, in Deutschland und Frankreich nur 10%). Der Schuldenüberhang schränkt den Spielraum für Investitionen erheblich ein. Gleichzeitig behindern der teils hohe Bestand an notleidenden Krediten und erhöhte Eigenkapitalverpflichtungen die Neukreditvergabe der Banken. In den USA verringerte sich die relative Verschuldung der privaten Haushalte seit Ausbruch der Finanzmarktkrise, da eine deutlich höhere öffentliche Verschuldung über einen längeren Zeitraum in Kauf genommen wurde und die Insolvenzgesetzgebung wesentlich schuldnerfreundlicher ist. Mit Ausnahme von Deutschland und Spanien sank die Privatverschuldung in den Euro-Ländern dagegen bisher nicht maßgeblich, sondern erhöhte sich teilweise weiter. Auch in Zukunft wird der Schuldenabbau wegen der geringen Inflation und der restriktiven Budgetpolitik schwierig sein. Damit steigt das Risiko, dass sich die Unterbeschäftigung bei schwacher Binnennachfrage und niedriger Kreditvergabe verfestigt. Erschwert die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte den Schuldenabbau der privaten Haushalte und Unternehmen, so verschärft umgekehrt die hohe Privatverschuldung die negativen Auswirkungen der Sparpolitik auf die Konjunktur, da der private Sektor liquiditätsbeschränkt ist.

Die ausgeprägte Budgetkonsolidierung und die geringe Inflation erschweren den Abbau der teils hohen Verschuldung der privaten Haushalte und Unternehmen in vielen Euro-Ländern. Dies belastet den Konsum, die Investitionen und die Neukreditvergabe.

Abbildung 1: Bruttoverschuldung des privaten Sektors



Q: OECD. AT . . . Österreich, DE . . . Deutschland, FR . . . Frankreich, IT . . . Italien, NL . . . Niederlande, PT . . . Portugal, SP . . . Spanien, UK . . . Großbritannien, US . . . USA. – ¹⁾ Frankreich: 2011.

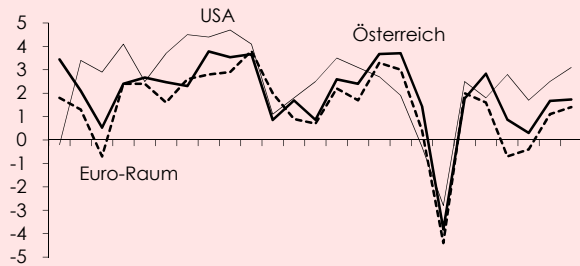
²⁾ The Economist, Europe's other debt crisis, 26. Oktober 2013.

Das reale BIP des Euro-Raumes wird 2014 und 2015 um lediglich 1,1% bzw. 1,4% wachsen. Um weniger als 1% p. a. nimmt die Wirtschaftsleistung u. a. in Italien, den Niederlanden, Spanien, Slowenien und Portugal zu. In Deutschland, Finnland, Österreich und der Slowakei wird das Wachstum über dem Durchschnitt liegen.

Abbildung 2: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

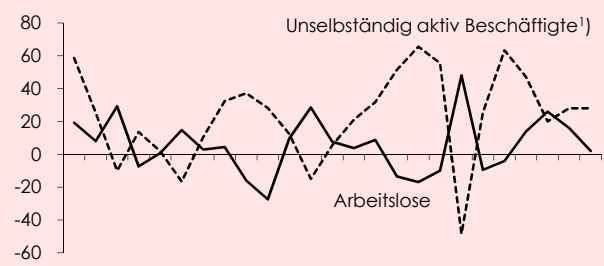
Wirtschaftswachstum

In %



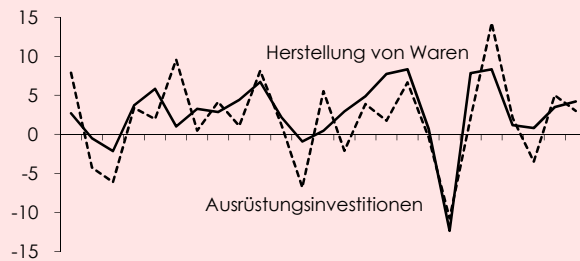
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



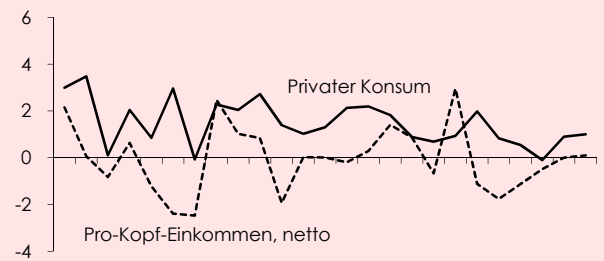
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



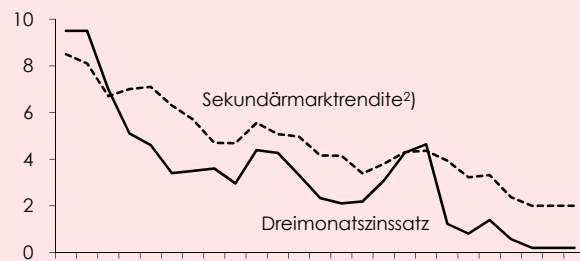
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



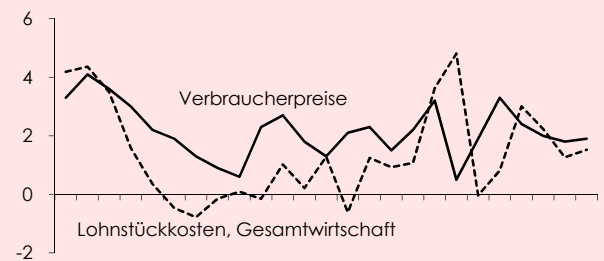
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



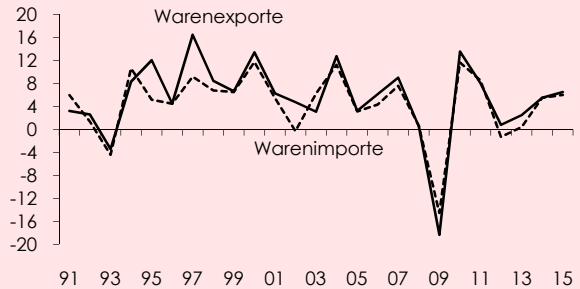
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



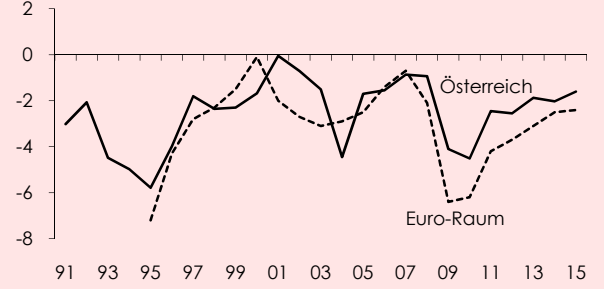
Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO. 2013, 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienler, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung; Bruch 2007/08 wegen Umstellung in der Beschäftigtenstatistik. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

6. EZB weiterhin expansiv, Bank of England verlagert Schwerpunkt

Positive Effekte der jüngsten Leitzinssatzsenkung der EZB (auf 0,25%) sind vor diesem Hintergrund fraglich. Sie hat auf die private Nachfrage kaum Auswirkungen, da das Ausmaß zu gering ist und aufgrund der Nullzinsschranke keine weiteren nennenswerten Senkungen erwartet werden können. Darüber hinaus geben die unterkapitalisierten Geschäftsbanken in einigen Ländern den Zinsschritt nicht an den Privatsektor weiter. Vielmehr bedeutet er eine Finanzierungserleichterung für schwache Banken, deren Anreiz zur Abschreibung von nicht werthaltigen Forderungen damit weiter sinkt. In Großbritannien zogen die Hauspreise an, und die Immobilienwirtschaft belebte sich. Die Bank of England stellte daher den Kauf von hypothekenbesicherten Wertpapieren ein und konzentriert ihr Programm "Funding for Lending" künftig auf den Ankauf von verbrieften Krediten kleiner und mittlerer Unternehmen.

7. Außenwirtschaftliche Verwundbarkeit des Euro-Raumes bleibt ein Risiko

Ein maßgebliches Abwärtsrisiko für die Konjunktur im Euro-Raum ergibt sich aus den Außenhandelspositionen der Krisenländer. Die Leistungsbilanzverbesserung der vergangenen Jahre war zu einem bedeutenden Teil zyklischer Natur³⁾, das Außenhandelsdefizit dürfte sich in einem Konjunkturaufschwung wieder ausweiten. In Griechenland nahm das Defizit überwiegend durch den Rückgang der Importe ab, bei einer Konjunkturerholung würden sie wieder zunehmen. In Portugal trugen Importverringerung und Exportsteigerung etwa gleichermaßen zur Verbesserung der Außenposition bei. Die Leistungsbilanz Spaniens verbesserte sich vornehmlich aufgrund der Zunahme der Exporte. Aber auch für die Ausfuhrsteigerung spielten zyklische Faktoren, wie etwa die starke Konjunktur in den Schwellenländern, eine bedeutende Rolle. Die Lohndämpfung erhöhte zwar die Exporte in geringem Ausmaß, belastete aber gleichzeitig über eine geringe Importnachfrage die Leistungsbilanz anderer Peripherieländer (insbesondere Portugals). Eine Besserung der binnenwirtschaftlichen Lage könnte daher die außenwirtschaftliche Verwundbarkeit dieser Länder erhöhen, wenn sich deren Leistungsbilanzdefizit wieder ausweitet und die (bereits hohe) Auslandsverschuldung weiter steigt.

Seit der Intensivierung der geldpolitischen Lockerung in den USA Mitte 2012 (Operation Twist, QE3) gewann der Euro gegenüber dem Dollar wieder an Wert. Über den Prognosezeitraum wird aber die Geldpolitik in den USA anders als im Euro-Raum gestrafft: Das senkt den Euro-Kurs (auf 1,25 \$ 2015) und entlastet die Außenhandelsposition der Krisenländer etwas.

Zyklische Faktoren spielten beim Abbau des Außenhandelsdefizits der Peripherieländer eine wichtige Rolle. Die prognostizierte leichte Euro-Abwertung entlastet zwar die Außenhandelsposition, das Defizit könnte aber in einem Aufschwung erneut zunehmen.

8. Österreich: Konjunktur zuletzt nur mäßig verbessert

Nach einer Stagnation im 1. Halbjahr 2013 wuchs die österreichische Wirtschaft im III. Quartal insgesamt real um 0,2% gegenüber dem Vorquartal, während die Inlandsnachfrage stagnierte. Zwar nahmen der Konsum der privaten Haushalte und die Bruttoanlageinvestitionen leicht zu. Die gesamten Investitionen schrumpften aber noch, wenn auch mit abnehmender Tendenz. Vom Außenhandel kamen positive Wachstumsimpulse: Die Exporte wurden im III. Quartal 2013 um 0,4% ausgeweitet, nach +0,3% im II. Quartal. Die anhaltende Schwäche der Binnennachfrage belastete weiterhin den Import; er erhöhte sich im III. Quartal um nur 0,2%.

8.1 Positive Impulse von den wichtigsten Handelspartnern

In Deutschland, dem größten Absatzmarkt Österreichs, wird sich die Konjunkturlage im Prognosezeitraum weiter verbessern. Die Löhne dürften zwar nur mäßig steigen, die gute Arbeitsmarktlage stabilisiert aber den privaten Konsum. Die Eröffnung eines Verfahrens wegen makroökonomischer Ungleichgewichte durch die Europäische

³⁾ IWF, World Economic Outlook, Box 1.3, Washington D.C., Oktober 2013.

Der Außenhandel profitiert vom Anziehen der Konjunktur auf wichtigen Zielmärkten wie etwa Deutschland und USA.

Kommission festigte den Konsens, dass die deutsche Binnennachfrage, insbesondere die Investitionsdynamik, zu schwach ist. Die neue deutsche Bundesregierung dürfte daher die im Zuge der Budgetkonsolidierung seit 2011 deutlich eingeschränkten öffentlichen Investitionen leicht ausweiten. Dies könnte aufgrund der anhaltend günstigen Finanzierungssituation zusätzliche private Investitionen anstoßen und die seit dem II. Quartal 2013 beobachtete Aufwärtstendenz der Investitionen beschleunigen. Die deutschen Exporte, die wegen der engen Verflechtung auch die Konjunktur in Österreich beeinflussen, werden 2014 und 2015 robust zunehmen, die Dynamik der vergangenen Jahre aber nicht erreichen, da die gesamtwirtschaftliche Expansion in den Schwellenländern nachlässt. Insbesondere die Maschinenexporte nach China werden durch das Abflauen des Investitionsbooms dort gebremst. Ferner wird die Kfz-Einfuhr zunehmend durch die Produktion vor Ort ersetzt, um die lokalen Marktanforderungen besser bedienen zu können⁴⁾.

Übersicht 3: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
	Mrd. € (Referenzjahr 2005)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3,58	3,44	3,44	3,44	- 8,0	- 4,0	± 0,0	± 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	52,84	53,26	55,12	57,44	+ 1,1	+ 0,8	+ 3,5	+ 4,2
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	6,94	7,63	7,94	7,86	+ 9,7	+10,0	+ 4,0	- 1,0
Bau	14,27	14,34	14,52	14,70	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,3
Handel, Kfz	29,84	29,46	29,84	30,43	- 1,7	- 1,3	+ 1,3	+ 2,0
Verkehr	10,44	10,32	10,37	10,42	- 1,0	- 1,2	+ 0,5	+ 0,5
Beherbergung und Gastronomie	11,30	11,13	11,33	11,57	+ 1,6	- 1,5	+ 1,8	+ 2,1
Information und Kommunikation	8,44	8,33	8,41	8,49	- 1,5	- 1,4	+ 1,0	+ 1,0
Kredit- und Versicherungswesen	15,07	14,94	14,98	15,03	+ 2,7	- 0,9	+ 0,3	+ 0,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	23,82	23,98	24,37	24,76	+ 1,7	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,6
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	22,00	22,00	22,48	22,98	+ 0,8	± 0,0	+ 2,2	+ 2,2
Öffentliche Verwaltung ²⁾	41,26	41,68	41,97	42,18	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,5
Sonstige Dienstleistungen	6,64	6,72	6,79	6,84	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,7
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ³⁾	246,15	246,94	251,15	255,52	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,7
Bruttoinlandsprodukt	271,54	272,37	276,93	281,73	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,7

Q: WIFO. 2013, 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Italien, Österreichs zweitgrößter Absatzmarkt, liefert keine nennenswerten Impulse: 2014 wird die Wirtschaftsleistung wegen der schwachen Ertragslage, geringer Absatzerwartungen und der prozyklischen Budgetpolitik nur leicht zunehmen. Neben dem Nachfrageausfall und der gehemmten Kreditvergabe durch Banken weist Italien auch eine Reihe von Strukturhemmnissen auf, wie etwa ein äußerst ineffizientes Justizwesen, die eine Belebung der Wirtschaft erschweren. Besser wird sich die Konjunktur bei einigen der östlichen Handelspartner entwickeln: In Polen und der Slowakei wird das Wirtschaftswachstum 2015 wieder 3% erreichen oder sogar überschreiten. In Tschechien und Ungarn dürfte die Erholung hingegen weniger dynamisch ausfallen.

⁴⁾ Deutsche Bundesbank, "Zu den Ursachen für die jüngste Schwäche der deutschen Warenexporte nach China", Monatsbericht, November 2013.

Übersicht 4: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
	Mrd. € (Referenzjahr 2005)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	195,41	195,26	196,82	198,43	+ 0,4	- 0,1	+ 0,8	+ 0,8
Private Haushalte ¹⁾	145,59	145,45	146,76	148,23	+ 0,5	- 0,1	+ 0,9	+ 1,0
Staat	49,83	49,83	50,08	50,23	+ 0,2	± 0,0	+ 0,5	+ 0,3
Bruttoinvestitionen	58,88	56,58	58,49	60,48	- 1,2	- 3,9	+ 3,4	+ 3,4
Bruttoanlageinvestitionen	56,51	55,72	57,37	58,58	+ 1,6	- 1,4	+ 3,0	+ 2,1
Ausrüstungen	23,28	22,47	23,59	24,30	+ 2,1	- 3,5	+ 5,0	+ 3,0
Bauten	27,92	28,06	28,40	28,77	+ 2,5	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,3
Inländische Verwendung	254,23	251,65	255,13	258,75	- 0,0	- 1,0	+ 1,4	+ 1,4
Exporte	156,46	160,49	168,93	178,79	+ 1,2	+ 2,6	+ 5,3	+ 5,8
Importe	139,30	139,78	146,82	155,13	- 0,3	+ 0,3	+ 5,0	+ 5,7
Bruttoinlandsprodukt	271,54	272,37	276,93	281,73	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,7
Gesamtnachfrage ²⁾	410,38	411,69	423,44	436,73	+ 0,5	+ 0,3	+ 2,9	+ 3,1

Q: WIFO. 2013, 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Inländische Verwendung plus Exporte.

Die Zunahme der österreichischen Warenexporte beschleunigt sich von +2,5% 2013 auf 5,5% 2014 und 6,5% 2015. Wegen des hohen Importgehaltes der Exporte und der Expansion der Investitionen nimmt die Wareneinfuhr, nach einer Stagnation im Jahr 2013, 2014 um 5,5% zu, 2015 um 6,0%. Die Terms-of-Trade und der real-effektive Wechselkurs tendieren 2014 noch leicht aufwärts und geben 2015 etwas nach.

8.2 Stimmungsindikatoren signalisieren Konjunkturbelebung

Laut dem WIFO-Konjunkturtest waren die Erwartungen der Unternehmen im November erstmals seit Mitte 2011 mehrheitlich positiv. Der Ausblick verbesserte sich in den letzten Monaten zwar kontinuierlich, aber mit geringer Dynamik. Der Erwartungsindikator erhöhte sich insbesondere in der Produktion von Sachgütern und Vorprodukten. Da diese Bereiche üblicherweise am Beginn eines Aufschwunges expandieren, deutet diese Entwicklung auf eine baldige Konjunkturbelebung hin. Darüber hinaus dürfte in der Auftragslage der Sachgütererzeugung eine Trendwende eingetreten sein: Der seit Mitte 2011 anhaltende Abwärtstrend wurde in den letzten Monaten unterbrochen. Im November verbesserte sich die Einschätzung der Auftragslage deutlich. Auch das WKO-Wirtschaftsbarometer verbesserte sich in der Herbst-Umfrage. Der Indikator für die Erwartungen der Unternehmen lag erstmals seit 2010 über jenem für die Beurteilung der aktuellen Lage, was auf einen Wendepunkt hinweist. Insgesamt sind die Einschätzungen aber weiterhin auf einem niedrigen Niveau; die Erwartungen zu Beschäftigung und Investitionen sind verhalten, der Aufschwung wird daher nur mit eingeschränkter Dynamik verlaufen.

Heimische Unternehmensumfragen deuten auf einen verhaltenen Aufschwung hin. Nachdem sich Ende 2012 die finanzwirtschaftlichen Indikatoren aufgehellt hatten, verbesserten sich zuletzt auch die realwirtschaftlichen Komponenten des WIFO-Frühindikators.

Übersicht 5: Produktivität

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Gesamtwirtschaft</i>						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 1,8	+ 2,8	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,7
Erwerbstätige ¹⁾	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 1,0	+ 1,0	- 0,5	- 0,3	+ 0,8	+ 0,9
<i>Herstellung von Waren</i>						
Produktion ²⁾	+ 7,8	+ 8,3	+ 1,2	+ 0,8	+ 3,5	+ 4,2
Beschäftigte ³⁾	- 1,3	+ 1,9	+ 1,7	± 0,0	+ 0,1	+ 0,3
Stundenproduktivität ⁴⁾	+ 6,0	+ 6,4	+ 0,1	+ 0,9	+ 3,0	+ 3,9
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ⁵⁾	+ 3,0	- 0,1	- 0,6	- 0,1	+ 0,4	± 0,0

Q: WIFO. 2013, 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Unselbständige und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (Beschäftigungsverhältnisse). – ²⁾ Nettoproduktionswert, real. – ³⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ⁴⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁵⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

Der WIFO-Frühindikator stieg im November zum vierten Mal in Folge und lag damit wieder deutlich im positiven Bereich. Vor einem Jahr hatte er vor allem auf die Verbesserung der Aktienmärkte reagiert, die negativen Werte hatten sich verringert. Zuletzt waren die optimistischeren Produktionserwartungen der heimischen Industrie, die (saisonbereinigt) leichte Zunahme der offenen Stellen und die Verbesserung des ifo-Geschäftsklimaindex für Deutschland maßgebend für positive Indikatorwerte. Dass sich nach der anfänglichen Aufhellung der finanzwirtschaftlichen Indikatoren nun vermehrt die realwirtschaftlichen Kennzahlen verbessern, festigt den Ausblick auf einen verhaltenen Aufschwung.

Die Konjunkturbelebung wird anfangs von Nachholinvestitionen begünstigt. Der Wohnbau steht im Spannungsfeld von demographisch bedingter Nachfragesteigerung und Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Der Inflationsdruck von Energie- und Lebensmittelpreisen lässt im Prognosezeitraum etwas nach. Aufgrund der mäßigen Lohnentwicklung bleibt die Kaufkraft aber geschwächt.

Nach einem Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen um 3,5% im Jahr 2013 sorgen Nachholinvestitionen 2014 für einen Anstieg um 5%. 2015 verringert sich die Dynamik auf +3%. Auch die Bauinvestitionen profitieren von der Konjunkturbelebung. Demographische Faktoren erzeugen zudem einen Aufwärtsdruck auf die Wohnbaunachfrage, die fortschreitende Budgetkonsolidierung bedeutet hingegen ein Abwärtsrisiko. Insgesamt werden die Bauinvestitionen, nach +0,5% im Jahr 2013, 2014 um 1,2% und 2015 um 1,3% zunehmen.

8.3 Privater Konsum keine Stütze des Aufschwunges

Die Inflationsauswirkungen der neuen Konsolidierungsmaßnahmen können derzeit nur grob geschätzt werden. Sie dürften die Teuerung 2014 und 2015 um je 0,1 Prozentpunkt erhöhen. Die Verbraucherpreise werden um knapp unter 2% pro Jahr steigen. In Österreich würde damit das Inflationsziel der EZB erreicht. Im gesamten Euro-Raum erwartet die EZB hingegen Teuerungsraten von nur etwas über 1%, was vor allem an der Konjunkturschwäche sowie der Stagnation oder Verringerung der Löhne in den Peripherieländern liegt. In Österreich werden die Energiepreise analog zum flachen Pfad des Rohölpreises nur mäßig anziehen, der Anstieg der Lebensmittelpreise schwächt sich ab. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit bleibt die Lohnodynamik gering, die Kerninflationsrate stabil. Die leichte Erhöhung der realen Bruttoverdienste pro Kopf wird durch die sich daraus ergebende Zunahme der Steuer- und Abgabenleistung aufgezehrt, die realen Nettoeinkünfte pro Kopf stagnieren. Ab 2014 nimmt die Lohnquote wieder ab. Der private Konsum expandiert daher im Jahresdurchschnitt 2014/15 um nur knapp 1% und liefert einen geringeren Wachstumsbeitrag als in vergangenen Aufschwungphasen. Nach einem schwachen realen BIP-Wachstum von 0,3% im Jahr 2013 wird die Wirtschaftsleistung 2014 und 2015 um jeweils 1,7% expandieren.

Übersicht 6: Konsum, Einkommen und Preise

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,5	- 0,1	+ 0,9	+ 1,0
Dauerhafte Konsumgüter	+ 1,6	+ 1,8	+ 0,6	- 4,8	+ 0,8	+ 1,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 2,0	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,9
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	- 0,5	- 1,3	+ 1,1	- 1,3	+ 1,6	+ 1,7
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte ²⁾	8,9	6,7	7,4	6,3	7,0	7,5
Sparquote der privaten Haushalte ³⁾	8,4	6,4	7,0	5,9	6,5	7,2
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 2,9	+ 2,7	+ 0,0	- 0,2	+ 2,3	+ 2,1
	In %					
Inflationsrate						
National	1,9	3,3	2,4	2,0	1,8	1,9
Harmonisiert	1,7	3,6	2,6	2,1	1,9	1,9
"Kerninflation" ⁴⁾	1,2	2,8	2,3	2,2	1,9	1,8

Q: WIFO. 2013, 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – ³⁾ Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – ⁴⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Übersicht 7: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Löhne und Gehälter pro Kopf¹⁾</i>						
Nominell, brutto	+ 0,9	+ 1,8	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,4
Real ²⁾						
Brutto	- 0,9	- 1,4	- 0,1	- 0,1	+ 0,3	+ 0,5
Netto	- 1,1	- 1,8	- 1,1	- 0,5	± 0,0	+ 0,1
<i>Lohnstückkosten</i>						
Gesamtwirtschaft	- 0,0	+ 0,8	+ 3,0	+ 2,2	+ 1,3	+ 1,5
Herstellung von Waren	- 6,9	- 3,0	+ 3,0	+ 1,7	- 1,0	- 1,2
<i>Effektiver Wechselkursindex Industriewaren</i>						
Nominell	- 2,9	+ 0,1	- 1,7	+ 0,7	+ 0,4	- 0,1
Real	- 3,2	+ 0,5	- 1,7	+ 1,0	+ 0,5	- 0,2

Q: WIFO. 2013, 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI.

8.4 Angebotsinduzierter Anstieg der Arbeitslosigkeit setzt sich fort

Die Teilzeitbeschäftigung nahm 2013 weiter zu, die Vollzeitbeschäftigung sank. Die Arbeitszeit pro Kopf war daher neuerlich rückläufig. Darüber hinaus verringerte sich die Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten pro Kopf, da weniger Überstunden geleistet wurden. Dieser Trend wird im Prognosezeitraum anhalten, sodass das Arbeitsvolumen tendenziell schwächer expandiert als die Zahl der aktiv Beschäftigten. Deren prognostizierter Anstieg um 0,8% p. a. entspricht zwar dem längerfristigen Durchschnitt, er reicht aber 2014 nicht aus, um das weiter wachsende Arbeitskräfteangebot zu absorbieren. Die Arbeitslosenquote erhöht sich von 7,6% im Jahr 2013 auf 7,9% 2014 und verharrt 2015 auf diesem Niveau. Abgesehen von der Expansion der heimischen Erwerbsbevölkerung ist die Dynamik des Arbeitskräfteangebotes im Prognosezeitraum geprägt von Sondereffekten, die 2014 einsetzen. Dazu zählen insbesondere strengere Regeln für den Pensionszugang und die Arbeitsmarktöffnung für Arbeitskräfte aus Rumänien und Bulgarien. Zugleich lässt aber der Zustrom an Arbeitskräften aus den EU-Beitrittsländern des Jahres 2004 weiter nach (freier Arbeitsmarktzugang seit Mai 2011). Aufgrund der relativ günstigen Einschätzung der Arbeitsmarktlage in den Nachbarländern ergibt sich darüber hinaus kein zusätzlicher Druck auf den österreichischen Arbeitsmarkt.

Die Zunahme des Arbeitskräfteangebotes ist geprägt von Sondereffekten wie dem Einsetzen strengerer Regeln für den Pensionszugang und der Arbeitsmarktöffnung für Arbeitskräfte aus Rumänien und Bulgarien.

8.5 Einmaleffekte und Konsolidierungsmaßnahmen prägen den Budgetpfad

In den Jahren 2013 bis 2015 ist die Entwicklung des Haushaltssaldos geprägt von Einmaleffekten, ab 2014 auch von zusätzlichen Konsolidierungsmaßnahmen, die nach der systematischen Evaluierung der Einnahmen- und Ausgabensituation des Bundes im Herbst 2013 ("Kassasturz") durch das Bundesministerium für Finanzen gesetzt werden, um den ursprünglich angestrebten Budgetpfad zu realisieren. Einmaleffekte resultieren auf der Ausgabenseite insbesondere aus den Kapitaltransfers an notverstaatlichte Banken. Einnahmenseitige Einmaleffekte stammen aus den Steuerabkommen, die mit der Schweiz und mit Liechtenstein geschlossen wurden, sowie aus dem Erlös der Versteigerung von Mobilfunklizenzen. Während die Kapitaltransfers an Banken in jedem Jahr des Prognosezeitraumes schlagend werden, entfallen die einmaligen Einnahmen aus dem Steuerabkommen mit der Schweiz vor allem auf 2013, aus jenem mit Liechtenstein auf 2014. Die Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen fielen 2013 an und waren aufgrund ihres hohen Volumens maßgebend für die Verbesserung des Maastrichtdefizits auf 1,9% des BIP gegenüber der WIFO-Prognose vom Oktober 2013 (-2,6%). Defizitdämpfend wirken 2013 zudem der im Vergleich mit der Herbst-Prognose etwas geringere Kapitalbedarf der Hypo Alpe-Adria-Bank AG, das niedrige Zinsniveau sowie ein strikter Budgetvollzug.

Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 37,4	+ 67,3	+ 51,7	+ 29,0	+ 32,5	+ 33,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 25,5	+ 63,3	+ 47,2	+ 20,0	+ 28,0	+ 28,0
Veränderung gegen das Vorjahr	in % + 0,8	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8
Inländische Arbeitskräfte	+ 5,8	+ 25,7	+ 9,0	- 10,0	+ 2,0	+ 2,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 19,7	+ 37,7	+ 38,1	+ 30,0	+ 26,0	+ 26,0
Selbständige ³⁾	+ 11,9	+ 4,0	+ 4,5	+ 9,0	+ 4,5	+ 5,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 17,3	+ 31,3	+ 18,0	+ 14,0	+ 5,8	+ 8,1
15- bis 59-Jährige	+ 4,9	+ 11,7	+ 22,3	+ 18,0	+ 5,6	+ 1,7
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 27,9	+ 63,2	+ 65,6	+ 55,0	+ 48,5	+ 35,0
Überschuss an Arbeitskräften						
Vorgemerkte Arbeitslose ⁵⁾						
Stand	in 1.000 - 9,5	- 4,1	+ 13,9	+ 26,0	+ 16,0	+ 2,0
Arbeitslose in Kursmaßnahmen	in 1.000 73,2	63,2	66,6	73,6	77,6	80,6
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen ⁶⁾	4,4	4,2	4,3	4,9	5,2	5,2
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	6,2	6,0	6,3	6,8	7,1	7,1
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	6,9	6,7	7,0	7,6	7,9	7,9
Beschäftigungsquote						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾⁷⁾	65,4	66,2	66,9	67,3	67,8	68,3
Erwerbstätige ⁶⁾⁷⁾	71,7	72,1	72,5	72,3	72,5	72,9

Q: WIFO. 2013, 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdiener. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ³⁾ Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – ⁴⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁵⁾ Arbeitslose laut Arbeitmarktservice. – ⁶⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁷⁾ In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	In % des BIP					
Budgetpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition ¹⁾	- 4,5	- 2,5	- 2,5	- 1,9	- 2,0	- 1,6
Primärsaldo des Staates laut VGR	- 1,8	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,8
	In %					
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz						
	0,8	1,4	0,6	0,2	0,2	0,2
Sekundärmarkttrendite ²⁾	3,2	3,3	2,4	2,0	2,0	2,0
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Effektiver Wechselkursindex						
Nominell	- 2,7	+ 0,2	- 1,5	+ 0,7	+ 0,4	- 0,2
Real	- 3,0	+ 0,6	- 1,6	+ 1,0	+ 0,4	- 0,2

Q: WIFO. 2013, 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Die unmittelbar nach der Wahl im Herbst 2013 vorgenommene systematische Evaluierung der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung des Bundes für die Legislaturperiode 2014 bis 2018 zeigte weiteren strukturellen Konsolidierungsbedarf auf, wenn der im österreichischen Stabilitätsprogramm 2012-2017 (vom Frühjahr 2013) skizzierte Budgetpfad tatsächlich realisiert werden soll. In der vorliegenden Prognose wird angenommen, dass im Jahr 2014 ein dauerhaft wirkendes gesamtstaatliches Konsolidierungsvolumen von rund 2 Mrd. € realisiert wird, das das strukturelle Defizit entsprechend verringert. Für 2015 werden zusätzliche strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen im Ausmaß von rund 1 Mrd. € angenommen. Im Jahr 2014 setzen sich die Konsolidierungsmaßnahmen annahmegemäß je zur Hälfte aus Abgabenerhöhungen (Einschränkung von Steuerausnahmen, Erhöhung von Tabaksteuer, Normverbrauchsabgabe, Schaumweinsteuer usw.) und ausgabenseitigen Maßnahmen (Dämpfung der Pensionsausgaben, mäßige Lohnentwicklung und restriktive Nachbesetzungspolitik im öffentlichen Sektor, Kürzung von Ermessensausgaben usw.) zusammen. Im

Jahr 2015 überwiegen annahmegemäß ausgabenseitige Maßnahmen. Die Prognose unterstellt auch für die Jahre 2014 und 2015 einen restriktiven Budgetvollzug und günstige Finanzierungsbedingungen für die Staatsschuld. Unter diesen Voraussetzungen und unter Berücksichtigung von zu erwartenden Einmaleffekten (vor allem Bankenhilfen und Steueraufkommen aus dem Liechtenstein-Abkommen) wird für das Jahr 2014 ein Maastricht-Defizit von 2,0% des BIP prognostiziert. Im Jahr 2015 wird es sich auf 1,6% verringern.

Die Budgetprognose ist nach wie vor mit erheblichen Risiken und Unsicherheiten behaftet. Sollten die unterstellten Konsolidierungsmaßnahmen nicht oder nicht im vollen Umfang umgesetzt werden, wird das Defizit 2014 und 2015 entsprechend höher ausfallen. Ohne zusätzliche Konsolidierung würde der Maastricht-Saldo laut Prognose 2014 bei -2,6% und 2015 bei -2,4% des BIP liegen. Auf der Ausgabenseite ist zudem ein höherer Finanzbedarf für die notverstaatlichten Banken möglich, als in der Prognose angenommen wird.